

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

10.5.1932 (No. 108)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amenb., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark... Einzelnummer 10 Reichspfennig...

Aus den landwirtschaftlichen Organisationen

Der Geschäftsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank

In dem Geschäftsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) G. m. b. H., Karlsruhe, über das 32. Geschäftsjahr (1931) wird u. a. etwa folgendes ausgeführt:

Das Unternehmen habe es als seine Aufgabe betrachtet, die ihm angeschlossenen Mitgliedgenossenschaften billig zu bedienen...

Der Umsatz auf Wechselkonto ist von 44 Mill. Reichsmark auf 40 Mill. Reichsmark zurückgegangen...

Der nach reichlichen Abschreibungen noch verbleibende Reingewinn beträgt 143 657 RM. und wird nach 29 000 RM. weiteren Reservestellungen zur Verteilung von 3 Proz. Dividende verwendet...

Der Bericht der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft

Nach ihrem Jahresbericht für 1931 hat die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe, das Geschäftsjahr trotz aller Schwierigkeiten verhältnismäßig gut überstanden...

Infolge der schlechten Witterungsverhältnisse war die Getreibernte 1931 quantitativ und qualitativ wenig befriedigend. Entsprechend waren die Verhältnisse auf den süddeutschen Getreidemärkten...

Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften

In dem Jahresbericht des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden (E. V.) Karlsruhe, wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zwar dem Getreidepreis eine wesentliche Hilfe gebracht haben...

Das Jahr 1931 habe gezeigt, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich außerordentlich widerstandsfähig erwiesen hat...

Letzte Nachrichten

Stat dem Reichsrat zugesangen

Verabschiedung Ende Mai

DD. Berlin, 10. Mai. (Tel.) Das Reichshaushaltungsgesetz für 1932 ist nunmehr dem Reichsrat zugeworfen. Es fehlen allerdings noch einige Einzelhaushalte...

Die Kommunisten beantragen im Ältestenrat des Reichstags, den Reichstag am 23. Mai bereits wieder zusammenzuberufen zur Vornahme der ersten Lesung des Etats...

Kraftverkehrsmonopol für den Güterverkehr?

DN. Berlin, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Das Vorstandsmittglied der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Direktor Vogt, hat in der „Kölnischen Zeitung“ eine Abhandlung veröffentlicht...

Die heutige Präsidentschaftswahl in Frankreich

Vorausichtlich Albert Lebrun

DD. Paris, 10. Mai. (Tel.) Die Zurückziehung der Kandidatur Painlevé ist von der Mehrheit der radikalen Senatsfraktion beantragt worden. Sie erklärt sich einmal aus dem Wunsch, nach der Ermordung des Präsidenten Doumer dem Ausland eine Manifestation der nationalen Einigkeit zu zeigen...

Oesterreich droht mit außerordentlichen finanzpolitischen Maßnahmen

DN. Wien, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Reichspost“ meldet, daß die Regierung auf der bevorstehenden Ratstagung des Völkerverbundes die Lage Oesterreichs darstellen und dabei eröffnen werde, daß sich Oesterreich unter Umständen zu einer außerordentlichen finanzpolitischen Maßnahme gezwungen sehen könnte.

Riesenschiff „Akron“ in schwerem Sturm

Vergeblicher Landungsversuch

DD. Fortworth (Texas), 10. Mai. (Tel.) Das Riesenschiff „Akron“ geriet bei San Angelo in einen schweren Sturm. Sämtliche Einwohner der Stadt wurden alarmiert, um bei einem Landungsversuch des Luftschiffs Hilfe zu leisten...

Verhältnisse noch gemindert werden konnten. Der Verband zählt insgesamt 2501 Verbandseinheiten.

Die Kreditgenossenschaften hatten unter den bekannten Schwierigkeiten der Geldkrise zu leiden. Der größte Teil hat sie ohne Nachteile überwunden.

Die Kreditgenossenschaften hatten unter den bekannten Schwierigkeiten der Geldkrise zu leiden. Der größte Teil hat sie ohne Nachteile überwunden.

\* Reichstag - Französische Kammerwahlen

Der Zusammentritt des Reichstags in der letzten Woche vor Pfingsten war nicht nur aus politischen Gründen, sondern noch viel mehr aus formalrechtlichen Gründen notwendig: die Reichsregierung braucht zur Durchführung ihres Programms eine regelrechte Anleihermächtigung durch das Parlament...

Die gestrige Sitzung des Reichstags verlief ohne Zwischenfälle. Nationalsozialisten und Deutschnationale nahmen an der Sitzung teil.

Reichsfinanzminister Dietrich ergriff zu Beginn der Sitzung das Wort, um den Regierungsentwurf des Schuldentilgungsgesetzes zu begründen. Er schilderte dabei in großen Zügen die Schuldenlage des Reiches.

Der Reichsetat balanciert mit etwa 8,3 Milliarden.

Die Überweisungen an die Länder machen einschließlich der Polizeikosten 2,3 Milliarden aus. In den übrigen verbleibenden 6 Milliarden, die also den eigentlichen Reichsaufwand darstellen, sind 1 Milliarde für die Arbeitslosen, 477 Millionen für die Sozialversicherung, 1,2 Milliarden für die Kriegsopfer und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldentilgung enthalten.

Von nationalsozialistischer Seite sind mehrere Mißtrauensanträge eingebracht worden, ebenso von seiten der Deutschnationalen und Kommunisten.

In den Wandelgängen des Reichstags ist natürlich auch der Anfall der französischen Kammerwahlen eifrig

Biehverwertungszentrale konnte ihren Absatz gegenüber 1930 beträchtlich steigern. Über 4000 Stück Großvieh und 4300 Schweine konnten nach der Schweiz und Frankreich ausgeführt werden.

kommentiert worden. Bekanntlich haben die Wahlen eine Mehrheit der Linken ergeben. Die Rechte hat schwere Verluste erlitten, und zwar hauptsächlich die Herrin Tardieu nahebestehende Partei der „Linkenrepublikaner“. Falls die Sozialisten sich an der Regierung beteiligten, würde die Bildung eines reinen Kabinetts der Linken möglich sein. Im anderen Falle würde die Bildung eines Kabinetts der „republikanischen Konzentration“, d. h. eines Kabinetts der mehr nach links orientierten Mitte, versucht werden. Herr Tardieu wird, sowie der neue Präsident der Republik gewählt ist, die Demission des Gesamtkabinetts überreichen und daran das Ergehen knüpfen, ihn im Hinblick auf das Ergebnis der Wahl nicht wieder mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Die neugewählte Kammer wird Anfang Juni zusammentreten. Ganz leicht wird die Bildung des neuen Kabinetts nach allgemeiner Ansicht nicht sein. Man ist darauf gefaßt, daß ein bis zwei Wochen vergehen werden, bis das neue Kabinett zustande gekommen ist. In Anbetracht der für Mitte Juni geplanten Lausanne-Konferenz wäre das natürlich recht peinlich.

Auch in Berlin hütet man sich sehr, dem Ausfall der französischen Wahlen, so erfreulich er in außenpolitischer Beziehung sein mag, übertrieben günstige Bedeutung beizumessen. Zumal mit Herrn Gerriot, der wieder als der kommende Mann genannt wird, hat Deutschland keine sonderlich guten Erfahrungen gemacht. Auch die Radikalsocialisten sind in ihrem Innern eine nationalistic gefärbte Partei.

Zimmerhin scheint das Ergebnis der französischen Kammerwahlen doch zu zeigen, daß die Mehrheit des französischen Volkes die betont nationalistic Politik eines Tardieu und Marin nicht billigt, da sie Frankreich der Gefahr der Isolierung aussetzt, einer Isolierung, die man schon aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht gern sieht. Zweifellos ist für die Lösung der großen Probleme der Abrüstung und der Reparationen der Ausfall der französischen Wahlen kein schlechtes Vorzeichen. Eine mehr nach links tendierende Regierung in Frankreich kann unmöglich die Politik schroffer Ablehnung, wie sie bisher von Tardieu oder Laval betrieben wurde, fortsetzen. Mehr läßt sich allerdings in einer Betrachtung des Wahlergebnisses nicht sagen. Die deutsche Außenpolitik wird nach wie vor ihre Forderungen mit aller Entschiedenheit und aller Klugheit zu vertreten haben, und ihre Aufgabe wird, im ganzen gesehen, genau so schwer bleiben, wie sie es schon vorher war.

### Die neue Reichswasserstraßenverwaltung

Eine Reichswasserstraßendirektion in Karlsruhe  
Berliner Blättern zufolge, hofft der Reichsverkehrsminister, die Verhandlungen mit den Ländern so weit vorwärts bringen zu können, daß das Reich vom 1. Juli 1932 an die Reichswasserstraßenverwaltung übernehmen wird. Reichswasserstraßendirektionen sollen in Koblenz und Karlsruhe geschaffen werden. Die Neuordnung der Wasserstraßen zum 1. Juli werde voraussichtlich durch einfache Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft treten.

Es soll über folgende Einzelheiten eine Verständigung herbeigeführt werden sein:

Errichtung von Reichswasserstraßendirektionen. Die Regelung in der Unterhaltung der Wasserstraßen soll künftig einheitlich durch die reichseigenen Strombauverwaltungen geschehen, denen die Reichswasserstraßenämter unterstellt werden. Es sollen somit alle örtlichen Bauämter und Dienststellen in die Verwaltung des Reichsverkehrsministeriums (R.V.M.) überführt werden. Die Regelung der bayerischen Wasserstraßen für den Rhein, den Main und die Donau bleibt Bayern überlassen.

Personalfragen. Die Einräumung der Länderbeamten in die Reichsbeamtenbesoldung ist so gedacht, daß diese Beamten aus dem Landesdienst ausscheiden und in den Reichsdienst übertreten. In Fällen, in denen vergleichbare Reichsbeamte in der Reichsbesoldung fehlen, soll die Reichsbesoldungsordnung durch eine Neugliederung ergänzt werden. Sämtliche in der Wasserstraßenverwaltung tätigen Beamten der Länder gelten somit künftig als Reichsbeamte.

Für Angestellte gilt sinngemäß das, was für Beamte bereits gesagt wurde. Da bei dem Ausscheiden aus dem Landesdienst und bei Eintritt in Reichsdienst der Wiedereintritt als Neueinstellung anzusehen sein wird, werden sich in der Berechnung des Vergütungsdienstalters nach dem jetzigen Reichsangestelltentarifvertrag von 1924 vielleicht einige Nachteile ergeben.

Für die Arbeiter sind sämtliche Rechtsverhältnisse geklärt, da für die beteiligten Verwaltungen der R.V.M. allein maßgebend ist. Die von der handels- und landwirtschaftlichen Verwaltung gewählten Betriebsvertretungen werden hinfällig.

Die den Länderregierungen gehörenden Fahrzeuge und Geräte will die Reichswasserstraßenverwaltung mitübernehmen und den einzelnen Ländern für ihre Zwecke zur Verfügung stellen.

Über den Ausbau der Verwaltung in Süddeutschland wird mitgeteilt, daß eine Reichswasserstraßendirektion in Koblenz geschaffen wird. Dem Verlangen Badens entsprechend, wird es auch zur Bildung einer Reichswasserstraßendirektion in Karlsruhe kommen. Damit ist der Plan einer Reichswasserstraßendirektion in Mainz endgültig gescheitert. Beim hessischen Finanzministerium wird eine Verbindungsstelle geschaffen, um den Zusammenhang zwischen den hessischen Landesbehörden und der Reichswasserstraßenverwaltung herzustellen. Die Neuordnung der Wasserstraßen wird voraussichtlich zum 1. Juli 1932 in Kraft treten, und zwar durch einfache Verordnung des Reichspräsidenten. Reichstag und Reichsrat werden mit der Materie nicht befaßt, da es sich um eine rein reichsorganische Aufgabe handelt, und der Staatsgerichtshof außerdem durch Urteil ausdrücklich anerkannt hat, daß das Reich zur Verwirklichung einer reichseigenen Wasserstraßenverwaltung berechtigt ist.

Weheimrat Dehn f. Der Dean der Theologischen Fakultät in Würzburg, Geh. Rat Johannes Dehn, ist gestern nachmittag einem kürzlich erlittenen Schlaganfall erlegen.

### Die Finanzlage des Reichs

Reichsfinanzminister Dietrich vor dem Reichstag  
Nach zehnwöchiger Pause trat am Montagmorgen der Reichstag wieder zusammen.

Das Schuldenentlastungsgesetz, das den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet, würde an sich wenig Gelegenheit zu erbitterten Parteikämpfen bieten, aber damit verbunden ist die allgemeine politische Aussprache. Als Reichsfinanzminister Dietrich das Wort zur Begründung der Tilgungsvorlage nimmt, ruft ihm ein Kommunist zu: „Der Konsumverwalter hat das Wort!“ Die Nationalsozialisten verhalten sich auffällig ruhig, und so bleibt es auch während der ganzen Rede, in der der Minister das ganze Problem ausführlich behandelt.

Reichsminister Dietrich führt u. a. aus: Der Gesetzentwurf befaßt sich mit zwei grundsätzlichen Themen. Auf der einen Seite mit den Kreditermäßigungen, die aus früheren Jahren aufrecht erhalten werden müssen, mit Kreditermäßigungen der Notverordnungen und mit einer Kreditermäßigung, die zur Überwindung des Jahres 1932/33 notwendig ist (Betriebsmittelfreie). Außerdem behandelte er die Frage der Tilgung der schwebenden Schulden. Zum andern beschäftigt sich der Gesetzentwurf in seinem letzten Paragraphen mit der Ermächtigung mit dem Reichsfinanzminister, eine Prämienanleihe zur Förderung der Sieblung, der Rekonstruktion, der Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffung aufzulegen.

Die schwebende Schuld des Reichs betrug am 31. März 1930: 1938 Millionen, am 31. März 1932: 1591 Millionen, also 344 Mill. Reichsmark weniger. Das Deutsche Reich ist in den letzten zwei Notjahren nicht tiefer in unfundierte Schulden geraten, sondern hat sich, wenn auch nur in einem bescheidenen Betrage — entlastet. Jedoch sind trotzdem die Bestimmungen, die zur Tilgung der schwebenden Schuld getroffen waren, nicht voll erfüllt worden.

Reichsminister Dietrich gab dann einen Überblick über die Verpflichtungen des Reichs aus Anlaß der Kreditkrise und die Garantien des Reichs.

Abschließend ein kurzes Bild des Etats 1932. Nur eine einzige Frage ist nicht geklärt, nämlich die der Kosten der Arbeitslosen. Im vorigen Jahr betrug der Aufwand für die Arbeitslosen in allen drei Unterstützungsformen 2,3 Milliarden. Davon entfielen auf das Reich 900 Millionen für die Krisenunterstützung und über 230 Millionen für Zuschüsse an die Gemeinden. Im letzten Paragraphen des vorliegenden Gesetzes wird der Reichstag sehen, daß wir eine sog. Prämienanleihe auflegen, um die Gedanken der Arbeitslosenbeschäftigung in die Tat umzusetzen. Daneben soll auch der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Aus laufenden Mitteln Geld dafür aufzubringen, ist leider völlig unmöglich.

Im übrigen balanciert der Etat in Einnahme und Ausgabe mit etwa 2,3 Milliarden Reichsmark. Er ist auf das Spar-samste aufgestellt. Die Überweisungen an die Länder betragen 2,3 Milliarden, so daß der eigentliche Reichsaufwand mit genau 6 Milliarden Reichsmark zu beziffern ist. In diesen 6 Milliarden sind enthalten: 1000 Millionen für die Arbeitslosen, 1200 Millionen für die Kriegssopfer, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldenentlastung. Die Tilgung und Verzinsung der fundierten und schwebenden Schulden, sowie die Reparationsanleihen erfordert rund 700 Mill. Reichsmark, für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reichs rund 2,2 Milliarden Reichsmark.

Als erster Redner aus dem Hause nimmt der sozialdemokratische Fraktionsführer, Dr. Breitscheid, das Wort. Eine neue Überraschung: Während früher die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen bei sozialdemokratischen Reden den Saal verlassen, bleiben sie diesmal sitzen. Sie gehen auch bei den Stellen der Rede, in denen ihre Parteien scharf angegriffen werden, nicht über das parlamentarisch übliche Maß der Zwischenrufe hinaus. Einige Kommunisten kommentieren diese Änderung der Taktik in höhnischen Zwischenrufen dahin, daß die Nationalsozialisten sich langsam auf Regierungs-koalitionen mit anderen Parteien einrichten wollten. Breitscheid verlangt, daß der neue Etat nicht durch Reparationen belastet werde und daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Gemeindefinanzen so erfolge, daß das Prinzip der Arbeitslosenversicherung nicht aufgegeben und die Unterhaltungsgebauer nicht weiter verläßt wird.

Der Redner der Nationalsozialisten, Reichardt, beschränkt sich ausschließlich auf die Schuldenentlastungsvorlage, die er ablehnt. Er sieht darin den Versuch des Reichsfinanzministers, seine von der Reichsschuldenverwaltung getadelten Methoden der Kreditaufnahme nachträglich durch einen Reichstagsbeschluss zu legalisieren.

Vorher hatte der Kommunist Schneider kurz, aber verlegend gegen die Außenpolitik der Reichsregierung und gegen das Verbot der Gottlosenbewegung polemisiert.

Die erste Sitzung des Reichstages in seinem neuen Tagungsabstimm ist überraschend ruhig verlaufen. Am heutigen Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

### Der Arbeitsplan

Der Astenrat des Reichstages beschloß, die Redezeit für die Fraktionen zur politischen Aussprache, die bisher auf zwei Stunden bemessen war, auf drei Stunden je Fraktion zu verlängern. Es ist damit zu rechnen, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages vor Pfingsten am Donnerstag abgeschlossen werden. Am gleichen Donnerstag wird dann noch der Auswärtige Ausschuss zusammentreten.

Auflösung eines nationalsozialistischen Truppenteils in Österreich. In Wien wurde ein Truppenteil, der bei den letzten Wahlen vorwiegend nationalsozialistisch gewählt hatte, wegen Verstoß gegen die Kasernenordnung aufgelöst und die Mannschaft auf andere Truppenteile verteilt.

Foderung der Getreidezwangswirtschaft in Rußland. Durch eine Verordnung des Moskauer Volkskommissariates wird die Getreidezwangswirtschaft in der Weise gelockert, daß neben der staatlichen Getreideaufbringung der freie Getreidehandel der Kollektivwirtschaft zugelassen wird.

Beschleunigter Bau einer russischen Bahn. Wegen fortwährendem Heizmaterialmangel in Fabriken des Moskauer Gebietes hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, in beschleunigtem Tempo eine neue Eisenbahnlinie vom Donezbecken nach Moskau zu bauen. Die neue Eisenbahnlinie in der Gesamtlänge von 1190 Kilometer soll bis zum 1. August 1933 fertig sein.

Owen D. Young soll „New York Times“ zufolge, als demokratischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden, falls Roosevelt auf dem demokratischen Kongress in Chicago nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhält.

Bombenanschlag in Nagasaki. Auf dem amerikanischen Konsulat in Nagasaki (Japan) wurde ein Bombenanschlag verübt. Entsetzt erachtet ist nicht entstanden. Man mißt dem Anschlag keine politische Bedeutung bei.

Die Lohn- und Lohnrentenverhandlungen im Ruhrgebiet sind ergebnislos verlaufen.

### Die Arbeitslosigkeit im Reich

Geringer Rückgang

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. April 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 197 000 auf 5 737 000 zurückgegangen. In der ersten Aprilhälfte war ein Rückgang um etwa 100 000 zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt nunmehr 1 232 000 (15. April 1932: 1 347 000), in der Krisenfürsorge 1 675 000 (17. April) und in der Wohlfahrtsfürsorge schätzungsweise 2 Millionen.

### Die Schweiz und die deutschen Ausreisepflichtbestimmungen

Der Schutz der deutschen Währung

Aus Bern wird gemeldet, daß der Regierungsrat des Kantons Bern beim Schweizerischen Bundesrat vorstellig geworden ist wegen der von der Reichsregierung erlassenen Devisenschutzmaßnahmen, die eine Erschwerung des Reiseverkehrs in die Schweiz bedeuten und geeignet seien, die Interessen der Kurbetriebe, insbesondere des Berner Oberlandes, zu beeinträchtigen.

Diesem schweizerischen Protest gegenüber ist festzustellen, daß die deutschen Maßnahmen in keiner Weise gegen die Schweiz oder andere von Reichsdeutschen besuchte ausländische Gebiete gerichtet sind, sondern lediglich dem unumgänglich notwendigen Schutz der deutschen Währung dienen sollen, dem gegenüber die Rücksichten auf die Interessen ausländischer Kurorte zurücktreten müssen, wobei zu hoffen ist, daß die Nachbarländer Deutschlands, insbesondere die Schweiz und auch Österreich, die durch die Wirtschaftslage Deutschlands erforderlich gewordenen Maßnahmen zu würdigen verstehen.

### Neuwahlen in Hessen

Die Landtagswahlen vom November ungültig

Der hessische Staatsgerichtshof, der sich aus fünf Berufsrichtern und sieben Parlamentariern zusammensetzt, hat am Montag nachmittag eine Wahlanfechtung der Wirtschaftspartei gegen die hessischen Landtagswahlen vom 15. Nov. 1931 als berechtigt anerkannt und diese Wahl für ungültig erklärt. Durch diesen Beschluß ist der hessische Landtag aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 3. Juli statt.

Die deutschen Landreise in Weimar. Am Freitag findet in Weimar die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Landreisetages statt. Über das Gutachten des Staatssekretärs z. B. Prof. Dr. Popitz, betreffend den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werden Ministerialdirektor Dr. Jarben vom Reichsfinanzministerium und der Geschäftsführer des Thüringer Landreiserverbandes, Dr. v. Dauten, referieren.

Der neue Chefredakteur der „Germania“. Wie der Verlag der „Germania“ mitteilt, ist der Schriftleiter der katholischen Wochenzeitschrift „Der deutsche Weg“ und der Zeitschrift „Volkstum und Volksbildung“, Emil Ritter, als Chefredakteur der „Germania“ berufen worden.

Kommerzienrat Meyer f. Der Gründer und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der Oberwerke vorm. Heinrich Meyer AG. in Frankfurt a. M., Commerzienrat Dr.-Ing. e. h. Heinrich Meyer, ist am Montagmorgen im 79. Lebensjahr gestorben. 1905 erhielt Meyer den Titel eines preussischen Kommerzienrats. Die Technische Hochschule Darmstadt ernannte ihn 1911 zum Dr.-Ing. e. h.

### Zur Vollendung des Deutschen Museums in München

Eine Anspache Hindenburgs

In München wird, wie schon gemeldet, am Samstag der Neubau der Bibliothek des Deutschen Museums seiner Bestimmung übergeben. Bei der Eröffnungsfest wurde nach einer Begrüßungsrede Oskar von Millers eine Anspache des Reichspräsidenten von Hindenburg aus Berlin übertragen. Der Reichspräsident führte etwa folgendes aus:

„Mit lebhaftem Bedauern mußte ich die Einladung zur Feier ablehnen, weil die Anforderungen der gegenwärtigen Lage mir nicht gestatten, jetzt die Reichshauptstadt zu verlassen. In dankbarer Erinnerung und mit aufrichtigen Wünschen gedenke ich der Verdienste Oskar von Millers und seiner tatkräftigen Initiative, der das Werk des Deutschen Museums entspringen ist. Der heutige Tag der Eröffnung des neuen Bibliotheksaues hat seine besondere Bedeutung. Er bringt dem deutschen Volke in einer Zeit starker Gegensätze die Weiterführung und Fertigstellung eines Unternehmens, das trotz der sich täglich neu auftuernden Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit von Reich, Land und Stadt und durch die gemeinsamen Opfer von allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung der Vollendung zugeführt wurde. Möge dieser Geist der Eintrachtigkeit und hilfsbereiten Eingabe für die weitere Entwicklung des Museums erhalten bleiben und möge er ein Beispiel sein für die Arbeit an dem größeren Werk der Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes.“

Die Anspache des Reichspräsidenten wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ministerpräsident Dr. Gehl knüpfte an die Anspache des Reichspräsidenten an und betonte, daß das Deutsche Museum nicht eine Angelegenheit der Stadt München, auch nicht eine bayerische Sache, sondern eine Tat des deutschen Volkes für das deutsche Volk sei.

### Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Amerikafahrt heute, Dienstag früh, nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Es kreuzt zunächst wegen des starken Südweststurmes über dem Wertfeldgelände.

In den Allgäuer Bergen herrscht wieder Winterwetter. Am Nebelhorn liegen 40 Zentimeter, stellenweise sogar bis zu 60 Zentimeter Neuschnee. Heute, Dienstag früh, wurden dort etwa 8 Grad Kälte gemessen.

In Berlin ist der ehrenamtliche Geschäftsführer des Flugverbandes, Hauptmann a. D. Lichtmann, unter dem Verdacht, 200 000 RM. unterschlagen zu haben, verhaftet worden.

Im Elbaret-Großhof in Berlin wurde am Montag die Beweisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch beginnen die Plädoyers.

Das englische Großflugzeug „Horatius“, das Montag nachmittags in London zum Flug nach Paris aufgestiegen war, wurde über Lundbridge (Grafschaft Kent) vom Blitz getroffen. Die Fenster der Führerkabine gingen in Trümmer, zwei Propeller wurden beschädigt. Verletzt wurde niemand. Dem Führer gelang es, glücklicherweise zu landen.

Ein Wirbelsturm, der heute, Dienstag, den Distrikt Wymen-singh (Wengalen) heimgelochte, zerstörte Teile eines Gefängnisses. Mehrere Gefängniswärter wurden getötet. Einige Gefangene machten sich die allgemeine Verwirrung zunutze und entflohen. Man befürchtet, daß der Sturm in den benachbarten Dörfern zahlreiche Opfer gefordert hat.

Badischer Teil

Die Beschwerde des „Führer“ verworfen

Von der Pressstelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:
Das Reichsgericht hat die Beschwerde des „Führer“ gegen das vom Minister des Innern ausgesprochene Verbot vom 14. April d. J. als unbegründet kostenfällig verworfen.

Heil- und Pflegeanstalt Illenau und Gemeinden

Von der Pressstelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:
In einem Artikel „Chronik der Woche“ (Bad. Presse Nr. 191 vom 24. April) wurde die Behauptung aufgestellt, die Heil- und Pflegeanstalt Illenau habe zwei, von der Gemeinde Vietigheim aus dort untergebrachte Anstaltsinsassen infolge des ausbleibenden Geldes kurzerhand nach Hause geschickt.

Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen und entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Von der Anstaltsleitung der Heil- und Pflegeanstalt Illenau wurde in der letzten Zeit lediglich eine Patientin aus Vietigheim von ihren Verwandten auf deren ausdrücklichen Wunsch urlaubsweise abgeholt. Ein anderer Kranke aus Vietigheim befindet sich heute noch in der Anstalt. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß wegen der Kostenfrage noch in keinem einzigen Falle seitens der Anstaltsleitung eine Entlassung verfügt worden ist. Im Gegenteil, es werden den in finanzieller Not befindlichen Gemeinden Vergünstigungen in weitestgehendem Maße bewährt.

Konsularische Vertretung der Dominikanischen Republik

Von der Pressstelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:
Der Generalkonsul der Dominikanischen Republik, Dr. Conradi Ricirac in Hamburg, ist zur Ausübung konsularischer Amtsbefugnisse in Baden zugelassen worden.

Deutsche Landwirtschaftliche Wanderausstellung in Mannheim

In der Zeit vom 31. Mai bis 5. Juni d. J. findet in Mannheim die 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt. Die Ausstellung, die alljährlich in einem anderen Teile Deutschlands gezeigt wird, ist eine Reichsausstellung und wird aus allen Teilen des Reiches und auch durch das Ausland besichtigt. Daneben wird eine große badische Sonderausstellung unter dem Motto: „Baden, das Land der feinen Betriebe“ und „Baden, das Land der vielseitigen Produktion“.

Tagungen

Internationaler Bodensee-Fischereiverband. Unter dem Vorsitz des Grafen von Hirschberg hielt der internationale Bodensee-Fischereiverband in Romanshorn seine ordentliche Hauptversammlung ab. Die familiären angeschlossenen Vereine waren mit 60 Delegierten vertreten, auch die Fischereisachverständigen von Baden, Württemberg, Bayern und Österreich wohnten mit Vertretern der Bezirksämter der deutschen Uferstaaten den Beratungen bei. Der Jahresbericht über 1931 befaßte sich vor allem mit den forellen- und zandereinfischen in den See, den Anträgen über die Regelung des Blaufelchenfanges mit der Maschine, sowie der Regulierung der Patentwahl auf die berufsmäßige Fischerei. Die Sperre in der Erteilung neuer Fischereipatente bleibt aufrechterhalten. In Hand von Fangergebnissen wies Regierungsrat Dr. Koch nach, daß der Gedicht im Untersee eine wesentliche Vermehrung erfahren habe. Einmütig nahm die Versammlung Stellung gegen die Verschmutzung des Seepfaffers durch Fett und Öl von Motorbooten.

Geometertagung in Karlsruhe. Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen, Landesverein Baden, findet vom 3. bis 5. Juni in Karlsruhe statt. Im Mittelpunkt der Tagung steht eine größere Vortragsreihe, welche aktuelle Fragen aus den verschiedenen Gebieten des Vermessungswesens behandelt wird. Zu den Vorträgen, welche in der Technischen Hochschule abgehalten werden, sind auch Gäste willkommen.

Rundgebung für das deutsche Wandern. Am Donnerstag fanden sich in Freiburg Vertreter des Schwäbischen Alpenvereins, des Badischen Schwarzwaldbvereins und des Württ. Schwarzwaldbvereins zusammen. Bei der Rundgebung auf dem Marktplatz wurde eine Entschließung angenommen, in der für das Wandern in Deutschland Propaganda gemacht wird. Nach der Rundgebung formierte sich ein Festzug zur Stadthalle, wo ein geselliger Abend mit reichhaltigem Programm stattfand.

Spartatagung 1933 in Schwetzingen. Aus Anlaß der Jahreshauptfeier der Stadtgemeinde Schwetzingen findet der nächstjährige badische Spartatag gemäß Beschluß der diesjährigen Verbandssammlung in Schwetzingen statt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Genossenschaftstagen in Freiburg. In Freiburg fanden kürzlich noch die Generalsammlungen des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften und des Molkereiverbandes statt. Als Vertreter des Ministeriums war Ministerialrat Dr. Klotz erschienen. Präsident Reibel führte aus, daß nicht nur der Osten, sondern auch Baden als Grenzland im Westen notleide. Ministerialrat Dr. Klotz versicherte, daß die badische Regierung sich jederzeit für die Belange der badischen Landwirtschaft in Berlin einsetzt habe. Der Jahresbericht wurde angenommen und dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei der darauf folgenden Wahl kam es zu Unstimmigkeiten und bestigen Auseinandersetzungen der Opposition, weil sie ihre Kandidaten nicht durchbringen konnte. Die nachfolgende Molkereiverbandstagung war daher schlecht besucht. Vorsitzender Kerpel wies darauf hin, daß man heute das 40jährige Bestehen des Molkereiverbandes feiern könne. Im Jahre 1892 sei der Verband mit 9 Molkereien gegründet worden, heute seien ihm 400 angeschloßen. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Kleinverkaufspreis für Milch in den meisten Städten gesenkt worden ist, allerdings auf Kosten der Landwirtschaft. Die Produktion Millionen Reichsmark Umfange erzielt und 110 Millionen der Butter ist zurückgegangen. Im ganzen wurden für 26,5 Liter Milch angeliefert. Nach einem Vortrag von Regierungsrat Dr. Vaber, Karlsruhe, über die Durchführung des Reichsmilchgesetzes in Baden, wurde die Tagung geschlossen.

Gemeinderundschau

Die Freiburger städtischen Beamten und die NSDAP. Der Stadtrat Freiburg i. Br. hat den städtischen Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg die Entschlüsselung der badischen Regierung über die politische Betätigung der Beamten zur Kenntnis gebracht. Der Stadtrat hat hinzugefügt, daß die gleiche Anordnung auch für die Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg i. Br. gilt.

Im Bürgerauschuß St. Georgen (Schw.), teilte der Bürgermeister mit, daß der Rechnungsabluß für 1931/32 mit einem Fehlbetrag von 150 000 RM. abschließen werde, was für die Gemeinde eine sehr schwere Belastung bedeutet. Verschärft werde diese trostlose Lage noch durch das völlige Daniederliegen der heimischen Industrie.

Ludwigshafens Fehlbetrag: 3,2 Millionen. Der neue Vorschlag der Stadt Ludwigshafen war kürzlich in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei Gegenstand einer Aussprache. Der Gesamtschuldenbetrag beläuft sich auf 3,2 Millionen Reichsmark, da der Fehlbetrag der letzten zwei Jahre noch nicht ausgeglichen werden konnte. Seine Hauptursache ist das ungeheure Anschwellen der Wohlfahrtslasten. Bezüglich einer teilweisen Deckung schlägt der Oberbürgermeister vor, die im Januar beschlossenen Gehührensenkungen, die eine Mindereinnahme von 600 000 RM gebracht haben, soweit rückgängig zu machen, daß der Ausfall ausgeglichen wird.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe im badischen Sommer-Luftverkehr

In einer Pressebesprechung im Karlsruher Flughafen anläßlich der am 1. Mai erfolgten Eröffnung des Sommer-Luftverkehrs machte der Leiter der badischen Hauptflughäfen Karlsruhe und Mannheim, Major a. D. Grack, interessante Ausführungen über die Neuerungen im badischen Luftverkehr. Wenn auch die wichtige West-Ost-Verbindung Paris-Karlsruhe-Stuttgart-München-Wien für Karlsruhe verlorengegangen ist, so konnte doch die wirtschaftlich wichtige halbstündige Flugverbindung mit Stuttgart erhalten werden, wo Anschließung an das Münchener Kreuzflugzeug besteht. Die seit sechs Jahren besorgene badische Schwarzwalddlinie Konstanz-Karlsruhe-Mannheim-Frankfurt — im Vorjahre in der Frequenz die drittbeste Linie im gesamten innerdeutschen Luftverkehr — hat auch diesen Sommer wieder als bequeme Mittagsverbindung vorzügliche Anschlüsse nach dem Norden und Westen. So erreicht man Berlin in 4 1/2, Köln in 3, Hamburg in 5 1/2 und London in 7 1/2 Stunden. Eine Änderung in der Streckenführung der Schwarzwalddlinie ist insofern eingetreten, als in diesem Jahre Freiburg statt Villingen angefahren wird, womit auch die Kurorte des Südschwarzwalds eine stärkere Berücksichtigung erfahren.

Vielfachen Wünschen Rechnung tragend, hat die Luft Hansa auf allen ihren Strecken eine Verlängerung der Flugzeiten durchgeführt. Es ist für die Zukunft geplant, nach amerikanischem Vorbild schnellere Flugzeuge mittlerer Größe in Dienst zu stellen, die die respektable Stundengeschwindigkeit von etwa 300 Kilometern gegen heute noch durchweg 200 fliegen sollen. Ferner hat die Luft Hansa den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend ihre Flugpreise durchweg recht erheblich ermäßigt und sie damit noch stärker den Eisenbahnfahrpreisen II. Klasse angepaßt. Zugleich ist die Grenze für Freigezäck auch im Inlandsverkehr auf 15 Kilogramm erhöht worden. Ein Flug Karlsruhe-Stuttgart kostet jetzt nur noch 8,50 RM, gegenüber einem Eisenbahnfahrpreis II. Klasse von 9,40 RM, der Flug Karlsruhe-Konstanz 25 RM. (Eisenbahn 22,60 RM.).

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß gerade die Wirtschaft mehr und mehr die eminente Bedeutung des Flugzeuges als schnelles Verkehrsmittel zu erkennen beginnt und in steigendem Maße von ihm Gebrauch macht.

Bad. Lichtspiele — Konzerthaus. — Die erste Tonfilm-Vorstellung. Dem Zuge der Zeit folgend und der Tatsache Rechnung tragend, daß nur noch wenige stumme Filme gedreht werden, sah sich die Leitung der Lichtspiele veranlaßt, gleichfalls zum Tonfilm überzugehen. Diese Veränderung hat offensichtlich Erfolg, denn der erste Tonfilm hat die Erwartungen, die man gestellt, voll erfüllt. Der große spannende Gebirgs-Tonfilm „Im Banne der Berge“ war als erste Vorstellung einer neuen Spielepoche aussersehen. Die photographische, wie auch die Tonwiedergabe waren einwandfrei. Wundervolle Naturaufnahmen aus dem Gebiete des „Wilden Kaiser-Gebirges“ in Tirol geben dem Film ein besonderes Gepräge. Die Handlung selbst, die einen spannenden Verlauf nimmt, ist eine rechte Geschichte aus den Bergen. Die Leitung der Lichtspiele hat mit diesem Film einen guten Griff getan. Dies ist sicherlich auch die Meinung der vielen Besucher gewesen, die das Konzerthaus besucht haben. Mit der Errichtung der Tonfilm-Anlage hat die Bad. Lichtspiele zum größten und idealsten Film-Theater in Karlsruhe geworden. — Im Beifilm sehen wir als Kulturfilm den Bildstreifen „Wie eine Zeitung entsteht“. Diesen Werdegang einer großen Zeitung ist für den Zuschauer eindringlich dargestellt. Dazu verbollständigt die Deutlich-Wochenzeitung mit ihrem reichen Bilderdienst das reichhaltige Programm. — Mit dem Tonfilm muß leider die Musikkapelle, die manchmal geradezu wunderbare Stücke zu Gehör brachte, eine Einschränkung ihrer Tätigkeit erfahren.

Badisches Landes-theater. Bjørnsons Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ kommt am heutigen Dienstag zur Wiederholung. Am Mittwoch, dem 11. Mai, wird Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“, am Donnerstag, dem 12., das Schauspiel „Der 18. Oktober“ und am Samstag, dem 14., Hauptmanns Schauspiel „Vor Sonnenuntergang“ wiederholt. — Wagners Oper „Niemi“ geht am Sonntag, dem 15. Mai, neu einstudiert zum erstenmal wieder in Szene. — Im Konzerthaus finden am Mittwoch, dem 11., und Freitag, dem 13. Mai, je eine Sondervorstellung für die Theatergemeinde des „Wahnenbundes“ statt, wobei als Erstaufführung das Bühnenstück „Mademoiselle Docteur“ von D. A. Falisch in Szene geht, dem Stofflich das vielgelesene Buch „Espionage“ von Bernsdorf zugrunde liegt. Am Freitag, Sonntag geht das Stück im Konzerthaus zum erstenmal in offener, dem allgemeinen Besuch freier Vorstellung in Szene, um später auch dem Spielplan des Landes-theaters eingefügt zu werden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Dienstagmorgen: Unter stark aufsteigenden Westwinden zogen gestern mehrere Regenböen vorüber, die in Nordbaden zum Teil von Gewittern begleitet waren. Heute früh regnet es ebenfalls im ganzen Lande, da ein Tiefdruckausläufer jenseits der Rheinlinie erreicht hat. Der Zustand polarer Luft ist noch nicht beendet und wird von trübem Luftdruckantrieb begleitet, doch ist vorläufig noch immer mit unbeständigem Wetter zu rechnen. Voraussage: Fortdauer der kühlen und unbeständigen Witterung.

Wasserstände: Waldshut 314 plus 2, Basel 125 minus 6, Schutterinsel 187 minus 6, Rehl 323 plus 5, Maxau 528 plus 14, Mannheim 424 plus 30, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Benz-Weltfeier und Benz-Denkmal in Mannheim

In den letzten Tagen fanden in Mannheim Besprechungen zwischen den Präsidien des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs, des Allgemeinen Schnauferl-Bundes, des Reichsverbandes der Automobilindustrie und Oberbürgermeister Dr. Geierich wegen der Errichtung eines Karl-Benz-Denkmals statt, für welches die genannten Verbände die Mittel aufbringen werden, während die Stadt den Platz zur Verfügung stellen und das Denkmal in ihre Obhut nehmen wird.

Zu Ostern nächsten Jahres (16. April 1933) soll die Entfaltung und in Verbindung mit dieser eine ehrenvolle Gedächtnisfeier für den Erfinder des Automobils stattfinden, deren Veranstaltungen sich über eine Woche erstrecken und den Teilnehmern Gelegenheit geben, den Frühling am Rhein zu erleben. An einen allgemeinen Empfang werden sich Aufführungen im Nationaltheater, ein Volksfest, eine Vorführung in- und ausländischer historischer Kraftfahrzeuge und andere Festlichkeiten anschließen. Mit den Vorbereitungen wird schon jetzt begonnen, da als kraftfahrerische Veranstaltung eine Sternfahrt für die Klubs der ganzen Welt ausgeschrieben werden soll und mit einer großen Beteiligung zu rechnen ist.

bid. Schwetzingen, 9. Mai. Die sehr kühle Witterung der letzten Wochen hat den Spargelbauern eine bittere Enttäuschung gebracht, die sich in einem hohen Ernteaufschlag auswirkt. Während beispielsweise in diesen Tagen ein Spargel oder ein Ertragnis von 50 bis 60 Pfund am Tag liefern sollte, wurden am Sonntag höchstens 5 bis 6 Pfund geerntet. In der besten Saisonzeit also. Und dieser Ausfall läßt sich nicht mehr einholen. Es ist dieses Jahr sogar damit zu rechnen, daß die Einnahmen weit unter der Hälfte der normalen Einnahmen zurückbleiben.

D3. Mannheim, 10. Mai. Der Ehrenvorsitzende des Mannheimer Ruder-Clubs und Vorsitzender des Mannheimer Regattaverbands, Profurist Ludwig Pfeffer, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 65 Jahren einem Herzschlag erlegen.

D3. Heidelberg, 10. Mai. Von den gestern bei dem verbotenen Umzug festgenommenen 23 Nationalsozialisten wurden gestern der 35 Jahre alte former Peter Beh aus Rohrbach und der 24jährige Schlosser Jakob Münch aus Kirchheim dem Einzelrichter vorgeführt. Beh erhielt wegen Aufruhrs und Widerstands 80 RM. Geldstrafe oder 16 Tage Gefängnis, Münch wegen derselben Vergehen sowie wegen Aufforderung zur Gewalttätigkeit (er hatte die Menge aufgefordert, gegen die Polizei vorzugehen) 3 Monate Gefängnis. Die Haftbefehle wurden aufgehoben.

bid. Ettlingen, 9. Mai. Gegenwärtig ist man mitten im Ausbau der hinteren Altkraftstraße, die zwischen Frauenalb und der badisch-württembergischen Landesgrenze, also bis zum sogenannten „Steinhäule“, an den Grenzpfählen von 3,90 Meter auf 5,50 Meter verbreitert wird. Die Arbeiten hofft man noch vor Pfingsten zu Ende führen zu können, um den einseitigen Kraftwagenverkehr über die Feiertage nicht zu behindern.

bid. Emmendingen, 8. Mai. Der Schrankenwärter Karl Ludwig Rohe wurde wegen fahrlässiger Tötung zweier Menschen und Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Durch das Unglück am 20. März 1932 war infolge Nichtschließens der Bahnstranke ein Sachschaden von 24 750 RM. entstanden. Hinzu kommt noch die Unterhaltungspflicht für die Hinterbliebenen der beiden bei dem Zusammenstoß getöteten Personen. Bei der Urteilsbegründung wurde als strafmildernd betont, daß es sich bei dem fraglichen Bahnübergang in ganz Baden handle, da der Übergang sehr unübersichtlich ist und einen äußerst regen Verkehr hat.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (10. Mai, 9. Mai), and exchange rates.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Mai 1932 hat sich in der verfloßenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 137,2 Mill. auf 3990,9 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenschcheinen um 9,1 auf 406,4 verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 5,1 Mill. auf 984,4 Mill. Reichsmark vermindert. Im Einzelnen haben die Goldbestände um 7,7 Mill. auf 851,1 Mill. Reichsmark abgenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,6 Mill. auf 133,3 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Dedung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 24,7 Proz. (24 Proz. in der Vorwoche).

Karlsruher Hafenverkehr im April

Der Wasserstand des Oberrheins hat im April 1932 verhältnismäßig wenig geschwankt. Am Pegel zu Maxau betrug er am 1. des Monats 380 Zentimeter, liegt unter Schwankungen auf 436 Zentimeter am 10. d. M., und sank dann unter Schwankungen bis auf 389 Zentimeter am Ende des Monats. Der Wasserstand war sonach im April 1932 für die Großschifffahrt günstiger als im März 1932. Zur Fahrt nach Karlsruhe waren im April 1932 nur an einigen Tagen Schiffsleichterungen erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im April 105 Güterboote und Motorschiffe sowie 271 Schleppfähne angekommen und 103 Güterboote und Motorschiffe sowie 298 Schleppfähne abgegangen. Der Verkehr mit Güterbooten und Motorschiffen war hiernach im April 1932 wesentlich stärker als im März 1932 und im April 1931, ebenso war der Verkehr mit Schleppfähnen im April 1932 erheblich stärker als im April 1931, dagegen schwächer als im März 1932, was in der Hauptsache durch die günstigeren Wasserstandsverhältnisse zu erklären ist. Der Umschlagverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im April 1932 um rund 2000 Tonnen schwächer als im März 1932, aber um rund 49 000 Tonnen größer als im April 1931.

Im Badler Rheinhafenverkehr wurde im Monat April eine ganz beträchtliche Warenmenge umgeschlagen, nämlich 116 406 Tonnen, gegen 90 958 Tonnen im April des Vorjahres. Der gesamte Bergverkehr wickelte sich auf dem Hünninger Zweigkanal ab, während zur Talfahrt ein großer Teil der kühnen offenen Strom benützte. Im ganzen kamen 521 Rähne in Basel an. — In den ersten vier Monaten des Jahres betrug die in Basel umgeschlagene Tonnage rund 305 000 Tonnen. Sie bleibt damit noch um 10 000 Tonnen hinter jenes des Vorjahres zurück.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Nr. 18

Verlag: Carl Schmitt, Badischer Anzeiger, einmal und dann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Carl-Schmitt-Strasse 14, bezogen werden

10. Mai 1932

## Die Personaleinschränkung bei der Reichsbahn

Wie gemeldet, soll nach den Absichten der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn der ganze Personalstand, d. h. die Kopfzahl der Beamten und Arbeiter, dem tatsächlichen Verkehrsbedürfnis angepaßt werden, und zwar in der Weise, daß bei dieser Gelegenheit, wenigstens soweit das überhaupt möglich ist, die durch die veränderte Form der Personalpolitik und den rückgängigen Verkehr geschaffenen „Überfügungen“ innerhalb des Personalkörpers beseitigt oder wenigstens auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.

Diese Maßnahmen bezwecken Sicherung des denkbar größten finanziellen Erfolgs. Welchen Umfang die in Aussicht genommenen Änderungen im Personalstand und Personalaufwand annehmen werden, läßt sich nur beurteilen, wenn man die ganze Entwicklung des Personalwesens der Reichsbahn seit der Vorkriegszeit und im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise übersieht. Während die Personalkopfzahl der deutschen Staatsbahnen im Jahre 1913 sich für Beamte auf 263 887, für Arbeiter auf 428 827, zusammen 692 714 stellte, war sie 1919 auf 333 503 bzw. 739 002, zusammen 1 072 505 angewachsen. Die Zunahme ist in der Hauptsache auf die Einstellung von Ersatz für während des Krieges eingezogenen Kräfte zurückzuführen; dazu kam noch, daß nach Kriegsende rund 65 000 Lohnbedienstete, die bereits jahrelang Hilfsbedienstete geleistet hatten, in das Beamtenverhältnis übernommen wurden und gleichzeitig noch die Zahl der außerplanmäßigen Beamten durch die Einführung des Diätariats erheblich erhöht worden ist, so daß 1923 die Zahl der Beamten mit 429 718 angegeben wird, während bei der Arbeiterkopffzahl eine Senkung auf 580 801 eingetreten war. Die Gesamtkopfzahl von damals 1 010 519 ging dann in Verbindung mit den Personalabbaumaßnahmen im Jahre 1925 auf 733 485 zurück, wovon 331 712 auf Beamte und 400 773 auf Arbeiter entfielen. Hatte das Reichsverkehrsministerium seinerzeit unter Vermeidung der Einführung des Achtstundentags, der Erhöhung des Urlaubs und der vermehrten Erkrankungen, der Teilnahme an Beamten- und Arbeitervertretungen und vermehrter Ausbesserungsarbeiten für das alte Staatsgebiet ein Personalstand von rund 996 000 Köpfen errechnet, so kam der Reichsverband der Industrie bei seinen Berechnungen unter Zugrundelegung des jetzigen Staatsgebietes nur auf 747 860 Köpfe, gegenüber einem damals vorhanden gewesenem Personalbestand von 1 050 000 Köpfen.

Ingefaßt der durch den Personalabbau herbeigeführten Verringerung erhebt sich für den Fernerstehenden die Frage, wie war es möglich, bei solcher Einschränkung im Personalstand den ganzen Eisenbahnbetrieb in Ordnung zu halten und etwa auftretende Reibungen zu überwinden? Ermöglicht wurde dies durch die im Jahre 1924 in Anlehnung an die Regelung im Reich vorgenommene Verringerung der Arbeitszeit und die gewaltsame Übertragung der durch den Personalabbau frei gewordenen Arbeitsaufgaben auf das übriggebliebene Personal. Hinzu trat in der Folge die fortgesetzte Ausgestaltung der Dienstvorschriften.

Zu der Verlängerung der Arbeitszeit und der Verfeinerung der Dienstvorschriften kamen weiter die Auswirkungen der Ratio-

nalierung und die personalpolitischen Rückwirkungen der Umstellung des Personalhaushalts der Reichsbahn-Gesellschaft. Durch die Einführung der Künze-Abrück-Bremse bei den Güterzügen wurde rund ein Drittel des gesamten Zugbegleitpersonals, also rund 19 000 Köpfe eingespart. Ähnliche Wirkungen ergaben sich aus der zunehmenden Verwendung immer stärkerer Lokomotiven und größerer Güterwägen, aus der Erhöhung des Zuggewichts und der Zuggeschwindigkeit, der Entbeamtung des Schrankenwärterdienstes, der fortschreitenden Mechanisierung des Rangierdienstes und der planmäßigen Elektrifizierung der Eisenbahnen, nicht zuletzt durch die Neuordnung des Werkstättenbetriebes und der Lagerwirtschaft, wobei auch an die umfassende Verwendung der Affordarbeit zu denken ist.

Die nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebauten Personal- und Material-Boranschläge treten an die Stelle der früheren Personal- und Sachtitel der Staatseisenbahnen. Stellenplan und Stellenprogramm, die diesen Boranschlägen zugrunde liegen, sind in ihrer Ausgestaltung abhängig von den Dienstpostenzählungen, wie sie im Bereich der Eisenbahn neuerdings in Abständen von einem Jahr von der Hauptverwaltung durchgeführt werden. Durch diese Zählungen werden die in den einzelnen Betriebszweigen nach dem Umfang des Arbeitsanfalls jeweils notwendigen Beamtenstellen festgelegt. Letzten Endes hängt also das Schicksal der Reichsbahnbeamtschaft von der Entwicklung der Wirtschaftsgestaltung ab. Diese bietet, wenn man die Güterbeförderungsstatistik nachsieht, allerdings kein erfreuliches Bild. Es wurden be-

	1913	1927	1930	1931
an Gütern (Millionen-Tonnen)	467	489	399	326
Tonnenkilometer	57 282	72 614	61 010	51 302

Die Stellenpolitik der DRG. steht im Zeichen des planmäßigen Beamten- und Stellenabbaues. Während der erste Boranschlag für 1932 mit 312 000 Beamtenstellen rechnet, von denen 289 000 mit Beamten zu besetzen waren, sind die Dienstpostenzählungen vom Dezember 1931 eine weitere Verminderung von Beamtenstellen auf 17 872 gegenüber der letzten Zählung von 1930 ergeben, so daß die Zahl der Beamtenstellen nun nur noch 297 000 beträgt, wovon (80 v. H.) auf Beamte, also etwa 240 000, entfallen. Da Ende Dezember 1931 noch 299 042 Beamtenstellen geführt wurden, ergibt sich als Folge des Geschäftsrückgangs der Jahre 1930 und 1931 und der noch fehlenden Anpassung des Personalstands an der Grundsätze des Stellenprogramms ein Überbestand von fast 60 000 Beamten.

Die äußere Ursache der Überfüllung des Personalbestands liegt in der Schrumpfung des Transportgeschäftes. Bei näherer Untersuchung zeigt man aber auf eine Besonderheit in der Entwicklung der Kopfzahl der Hilfskräfte. Zu der eingangs angeführten Zahlenreihe sei hier nachgetragen der Stand der Hilfsbeamten, und zwar mit

	1913	1927	1931
226 749	1919	1929	1930
404 951	1923	1928	1930
129 472	1925	1931	1930
77 520			

Während die Zahl dieser Hilfskräfte von 1927 bis 1929 bei gleichzeitiger Zunahme der Tonnenkilometer (von 72,6 auf 76,4 Milliarden) sich auf 86 285 Köpfe erhöhte, ließ man von 1929 bis 1931 bei einer Senkung der Tonnenkilometer von 76,4 auf 51,3 Milliarden die Zahl der Hilfskräfte nur auf 79 000 Köpfe zurückgehen, eine Ziffer, die immer noch um

nicht weniger als 11 247 Köpfe höher ist als der Stand von 1927. Die Folge dieser, bei den Hilfskräften im Beamten-dienst unterlassenen Anpassungsmaßnahmen ist nun, daß die Zahl der im Beamten-dienst beschäftigten Personen weit über das tatsächliche Bedürfnis hinausgeht und daß nun die Reichsbahnbeamtschaft im ganzen diese Unterlassungsstände mit einer Massenpensionierung beseitigen soll. Aus diesem Grund wird aus den Reihen der Beamten das dringende Verlangen gestellt, die Hauptverwaltung der Reichsbahn möge Maßnahmen ergreifen, die diesen sowohl für die Reichsbahnbeamtschaft wie auch für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens mäßigen Zustand beseitigen.

## Zugung Deutscher Reichsbahnbeamten

Fort mit der Tributbelastung der Reichsbahn!

Am Sonntag, den 8. Mai d. J., hielt der Reichsbund Deutscher Reichsbahnbeamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in Freiburg i. Br. seine badische Landesversammlung ab. In Anwesenheit von weit über 300 Delegierten und Gästen erstattete der Landesvorsitzende, Reichsbahnoberssekretär Farter, Karlsruhe, Mitglied des Hauptbeamtenrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin, den Geschäftsbericht, der sich in eingehender Weise mit allen wirtschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen der Gegenwart und deren Auswirkungen auf die rechtliche und materielle Stellung der Beamten-schaft im allgemeinen und der Reichsbahnbeamtschaft im besonderen beschäftigte. Die erschreckend gesunkenen Verkehrs-ziffern zeigten am besten die große Not der Deutschen Wirtschaft.

Der Meserent anerkannte die ersten Bemühungen der Reichsbahn-Gesellschaft, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Er kündigte jedoch den schärfsten Widerstand der Reichsbahnbeamten gegen die Bestrebungen der Reichsbahn an, die jetzige Notzeit dazu zu benutzen, um das öffentlich-rechtliche Berufsbeamten-tum bei der Reichsbahn immer mehr einzuschränken oder gar allmählich ganz zu beseitigen. Die Beamten-schaft habe sich mit der durch die Reparationsgesetzgebung (Dawes- und Young-Plan) geschaffenen Gesellschaftsform der Reichsbahn nie abfinden können. Sie verlange mit aller Entschiedenheit die Befreiung der Reichsbahn von allen Tributlasten und die Rücküberführung in die unmittelbare Verwaltung des Reiches.

Als einstimmige Willensmeinung der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, die auf die schwierige Lage der Reichsbahn und die Folgen für die Beamten-schaft hinweist. Seit Inkrafttreten des Dawes-Planes 1924 habe die Reichsbahn über 4 Milliarden Reichsmark auf Reparations-konto abgeführt. Soll die deutsche Reichsbahn, dieses wertvollste nationale Volksgut nicht tollends zusammenbrechen, dann sind Reparationszahlungen und sonstige politische Belastungen in Zukunft nicht mehr möglich.

## Bekanntgabe von amtlichen Verfügungen an die Betriebsvertretungen

Durch neuer Erlass des Reichsfinanzministers wurde die Bestimmung in Erinnerung gebracht, wonach von allen Bundes-erlassen und Verfügungen allgemeiner Art über Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten in der Reichsfinanzverwaltung dem Bezirksbetriebsrat ein Abdruck zu geben soll und den örtlichen Betriebsvertretungen von den Dienststellen in geeigneter Weise Einsicht in Erlasse und Verfügungen dieser Art zu gewährt ist.

## Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten:  
10. V. 32. Vorauszahlung der Umsatzsteuer für April 1932. Schonfrist bis 17. 5. 32.  
17. V. 32. Einkommensteuerborauszahlung der Landwirte nebst 10 v. H. Landeskirchensteuer.  
20. V. 32. (statt 15. V.) Vermögenssteuerborauszahlungen aller Pächter für das 1. Vierteljahr 1932.  
Nicht rechtzeitige Zahlung der Steuern hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen mit 1,5 v. H. für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.  
Vorgelieferte Zahlung unter Angabe der Steuernummer wird empfohlen. R. 949  
Karlsruhe, den 9. Mai 1932.  
Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

<b>Nichtraucher</b> Garantiert in 3 Tagen! Auskunft kostenlos. L. 839 Sanitas - Depot, Halle (Saale) 186 E	<b>Im Städt. Konzerthaus</b> Mittwoch, den 11. Mai 1932 1. Geschl. Sondervorstellung für die Theater-Gemeinde Zum erstenmal <b>Mademoiselle Docteur</b> Ein Bühnenstück von Otto Alfred Paltsch Regie: Baumback Mittwirkende: Vertam, Ehrhardt, Er-marth, Seiling, Kraker, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hierl, Güder, Kloeble, Kuhne, Luther, Meiner, R. Müller, Priiter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, Kube, S. Müller, Schönhäler, Seibert Anfang 20 Ende 22 $\frac{1}{2}$
<b>Badisches Landestheater</b> Mittwoch, den 11. Mai 1932 * A 28 (Mittwochmiete)	
<b>Goffmanns Erzählungen</b> Von Offenbach Dirigent: Keilberth Regie: Dr. Baag Mittwirkende: Blank, Habertorn, Winter, G. Gröbinger, Gelpach, Kainbach, Kiefer, Rösler, Rentwig, Oerter Anfang 20 Ende 22 $\frac{1}{2}$ Preise D (0,90-5,70 RM)	
<b>Do. 12.5. Der 18. Oktober.</b> Fr. 13.5. Keine Vorstellung. Im Konzerthaus: Made-moiselle Docteur. Sa. 14.5. Vor Sonnenuntergang. So. 15.5. Neu einstudiert: Niengi. Im Konzerthaus: Mademoiselle Docteur.	<b>Schlankheit</b> erzielen Sie über Nacht durch äußerl. Einreiben ohne Hungerkur. Auskunft kostenlos! L. 839 Sanitas - Depot, Halle (Saale) 186 F



Sehen Sie sich bitte den **KURMARK-FILM** an:

*Endlich mal was Neues!*

Er läuft in allen Lichtspiel-Theatern

## Vorderwälder Zuchtviehmarkt

### Hinterzarten

Dienstag, den 17. Mai 1932 Der Markt bietet sowohl für Gemeinden, wie auch für private Viehzüchter beste Gelegenheit zum Ankauf guter Zuchtfarren und weiblicher Zuchttiere direkt im Stammschutzgebiet des Vorderwälder Viehschlages. Kreisverwaltung Freiburg. L. 856

## Städtische Sparkasse Wolfach (Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand . . . . .	7 826,91	1. Spareinlagen . . . . .	1 691 465,61
2. Grundstücke . . . . .	36 142,83	2. Aufgewertete Spareinlag.	428 492,44
3. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt . . . . .	31 070,40	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen . . . . .	138 316,09
4. Wertpapiere . . . . .	34 390,-	4. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	1 195,52
5. Wechsel . . . . .	6 335,72	5. Gehehlicher Reservefonds	88 917,74
6. Darlehen a. Hypotheken	1 217 695,01	6. Reingewinn i. Jahre 1931	22 225,80
7. Darlehen in laufender Rechnung an Privatsch.	184 523,84		
8. Darlehen auf Schuldschein . . . . .	124 228,62		
9. Darlehen an Gemeinden	340 277,-		
10. Einnahmeverbindliche	50 418,07		
11. Aufwertungsforderung	290 263,83		
12. Fehlbetrag zur Aufwertungs-masse . . . . .	41 250,23		
13. Gerätschaften . . . . .	6 190,74		
	<b>2 370 613,20</b>		<b>2 370 613,20</b>

## Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 2 258 274,14 RM Einlagen . . . = 122 913,70 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . 111 143,54 RM  
Somit weniger: . . . . . 11 770,16 RM

Wolfach, den 26. April 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: G ä m e r l e, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: R e e f, Verwalter.